

**Aufruf zum Antikriegstag 2021
in Frankfurt am Main**

DGB

FÜR EINE FRIEDLICHE UND SICHERE ZUKUNFT! ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG WÄHLEN!

Demonstration und Kundgebung

Mittwoch, 1. September 2021
Auftakt: 17 Uhr, Opferdenkmal
(in der Gallusanlage, nahe Willy-Brandt-Platz)
Frankfurt am Main

Auftaktkundgebung mit
Ramona Lenz (medico international)
Willi van Ooyen (Friedens- und Zukunftswerkstatt)

Abschlusskundgebung auf dem Römerberg
mit Aktivist*innen der Zapatistas aus Mexiko

Moderation:
Philipp Jacks (DGB Frankfurt am Main)

Zapatistas in Frankfurt am Main

Vor 500 Jahren sind die Gebiete der ursprünglichen Bewohner*innen Mexikos von Europäer*innen erobert worden. Auch heute noch wehren sich die Bewohner*innen des süd-mexikanischen Bundesstaates Chiapas gegen die Folgen der Kolonialisierung, gegen Unterdrückung, große Armut, die Zerstörung ihres Lebensraumes und die daraus resultierende Notlage der in Chiapas angesiedelten Mayas.

Internationale Beachtung fanden die Zapatistas 1994 durch den Aufstand der Befreiungsarmee EZLN unter Subcomandante Marcos und der darauf folgenden internationalen Vernetzung. Auch heute noch kämpfen sie gegen Unterdrückung, gegen Neoliberalismus, für Autonomie und Menschenrechte für Alle.

Bis heute bauen die Zapatistas ihre Autonomie auf, mit eigener Bildung, Gesundheitsversorgung und Rechtsprechung. Der Erfolg: die Sterblichkeit geht immer noch drastisch zurück, der Analphabetismus auch. Aber sie leiden auch heute noch unter einem Krieg niedriger Intensität, der unter anderem von Paramilitärs geführt wird, ausgerüstet mit deutschen Waffen.

Im Sommer will eine zapatistische Delegation nach Europa kommen um sich mit sozialen Bewegungen auszutauschen. Sie gehen davon aus, dass wir nur alle zusammen die Zerstörung unserer Erde aufhalten können. Sie kommen auch nach Deutschland und nach Frankfurt. Wir freuen uns sehr, sie auf unserer Abschlusskundgebung begrüßen zu dürfen.

Parallel zur Abschlusskundgebung findet ab 18 Uhr im Frankfurter Dom der Eröffnungsgottesdienst der Ökumenischen Aktion Wanderfriedenskerze von Pax Christi u.a. unter dem Motto „Gestohlene Kindheit – Sackgasse Flüchtlingslager“ statt.

Veranstaltende Organisationen:

Deutscher Gewerkschaftsbund
Region Frankfurt-Rhein-Main

Friedens- und Zukunftswerkstatt

Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbunds zum Antikriegstag 2021

FÜR EINE FRIEDLICHE UND SICHERE ZUKUNFT! ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG WÄHLEN!

Für uns Gewerkschaften ist der Antikriegstag ein besonderer Tag der Mahnung:

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Er ist für uns ein Tag des Erinnerns daran, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt. Für uns steht fest: Wenn wir künftig friedlich und sicher zusammenleben wollen, brauchen wir eine Politik, die auf Abrüstung und Entspannung setzt, statt auf Aufrüstung und Abschreckung. Und wir brauchen eine Bundesregierung, die sich dafür mit aller Entschlossenheit einsetzt. Die Weichen dafür werden bei der Bundestagswahl gestellt!

Die Bilanz der aktuellen Bundesregierung ist ernüchternd. Deutschland steht auf dem siebten Platz der Länder mit den größten Rüstungsausgaben. Unter den Top-Ten-Staaten weist der deutsche Verteidigungshaushalt mit einem Plus von über fünf Prozent die größten Zuwachsraten auf. Für das laufende Jahr liegt er bei knapp 47 Milliarden Euro. Und wenn es nach der scheidenden Bundeskanzlerin ginge, sollte Deutschland bis 2030 die NATO-Zielvorgabe erfüllen und zwei Prozent des BIP für Verteidigung ausgeben. Dies entspräche einer weiteren Erhöhung des Wehretats um mehr als 20 Mrd. Euro.

Wider aller Vernunft stellt sich die deutsche Politik so in den Dienst einer verhängnisvollen Logik von Aufrüstung und Abschreckung – eine Logik, die inzwi-

schen wieder das Weltgeschehen prägt. Das internationale Wettrüsten hat unfassbare Ausmaße erreicht. Weltweit wurden im letzten Jahr 1.644 Milliarden Euro ausgegeben. Alle neun Atommächte stecken Unsummen in die Modernisierung ihrer nuklearen Waffenarsenale. Gleichzeitig ist der kürzlich verlängerte russisch-amerikanische „New Start“-Vertrag das letzte verbliebene Rüstungskontrollregime für Atomwaffen. Auch deshalb fordern wir von der nächsten Bundesregierung, dass sie die deutsche Verweigerungshaltung aufgibt und endlich den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnet.

Die Hoffnung, dass der Fall des Eisernen Vorhangs in eine stabile globale Friedensordnung und ein Zeitalter der multilateralen Kooperation münden würde, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die internationalen Beziehungen sind hochgradig fragil und zunehmend durch die Großmachtsprüche im Kräftedreieck USA, China und Russland geprägt. Mit der neuen „NATO 2030“-Strategie soll der Weg weg von einem Verteidigungsbündnis hin zu einer Interventionsallianz für Militäreinsätze außerhalb des Bündnisgebiets bereitet werden. Durch eine Stärkung der nuklearen Abschreckung und durch Pläne für eine stärkere militärische Präsenz im indopazifischen Raum setzt die NATO gezielt auf Konfrontation gegenüber Russland und China.

Es ist höchste Zeit, das Ruder herum zu reißen! Wir benötigen die Rüstungs-Milliarden dringend für andere Zwecke. Im Zuge der Corona-Krise haben sich die

sozialen Ungleichheiten und die Verteilungskonflikte in unserem Land und weltweit verschärft. Auch jenseits der Auswirkungen der Pandemie zeigt sich, wie sehr wir auf einen starken und solidarischen Sozialstaat angewiesen sind, der über solide Finanzierungsgrundlagen verfügt. So muss etwa der steuerfinanzierte Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rente steigen, wenn die Folgen einer immer älter werdenden Bevölkerung nicht einseitig den Rentenversicherten aufgebürdet werden sollen. Gleichzeitig leben wir, getrieben durch den Klimawandel und durch rasante Fortschritte bei der Entwicklung und dem Einsatz digitaler Technologien, in einer Zeit gewaltiger Umbrüche. Eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und wirtschaftlich vernünftige Gestaltung der damit verbundenen Transformation unserer Gesellschaft wird uns nur mit Hilfe massiver Zukunftsinvestitionen gelingen.

Deshalb nehmen wir Gewerkschaften die nächste Bundesregierung in die Pflicht: Wir erwarten von allen an der Regierung beteiligten Parteien, dass sie klar Position beziehen – für Abrüstung und Entspannung.

Um für die Bundestagswahl ein deutliches Zeichen zu setzen, führen wir am Antikriegstag im Rahmen des Friedensbündnisses „Abrüsten statt Aufrüsten“ zahlreiche Aktionen durch. Beteiligt Euch! Was wir wollen, ist eine neue Politik der gemeinsamen Sicherheit.

„Abrüstung und Entspannung wählen!“
Darum geht es!

